

Christoph Pfluger

Geld verstehen!

Kurze Anleitung zur Überwindung
des kollektiven Irrtums



*Wenn das amerikanische
Volk es den Privatbanken je
erlaubt, die Ausgabe ihres
Geldes zu kontrollieren,
zuerst durch Inflation,
dann durch Deflation, dann
werden die Banken und
Konzerne, die um diese
Banken heranwachsen, den
Menschen ihren ganzen
Besitz wegnehmen, bis
ihre Kinder obdachlos
aufwachsen, auf dem
Kontinent, den ihre Vorväter
erobert haben.*

*Thomas Jefferson, Hauptautor
der amerikanischen
Unabhängigkeitserklärung und 3.
Präsident der Vereinigten Staaten
(1801 bis 1809)*

Christoph Pfluger

Geld verstehen!

**Kurze Anleitung zur Überwindung
des kollektiven Irrtums**

Einleitung

Man kann besser stehlen, wenn man etwas gibt. Nach dieser einfachen Logik ist es dem Geld gelungen, sich fast die ganze Welt untertan zu machen. Das Geld – in seiner Natur ein Kredit – täuscht einen verführerischen Überfluss in der Gegenwart vor, schafft aber einen wachsenden Mangel in der Zukunft. Dieser Mangel wird nicht nur unseren Nachkommen zu schaffen machen, damit kämpfen heute schon gut zwei Drittel der Weltbevölkerung, weit weg von der relativ sicheren und reichen Schweiz. Aber der Konflikt nähert sich uns unaufhaltsam in der Form von Flüchtlingen, als Dauerkrisen wie jene von Griechenland und anderen Staaten des europäischen Südens und als bedrohlicher Abbau demokratischer Rechte in den meisten westlichen Staaten. Das Regime des Geldes ist unerbittlich.

Der Mensch lebt heute weitgehend nach den Regeln des Geldes, aber ohne sie zu kennen. Er opfert die beste Zeit seines Lebens dem Gelderwerb in der Hoffnung, das verpasste Glück im Alter nachzuholen. Doch die Hoffnung ist trügerisch, selbst wenn wir zu denen gehören, die noch gute Renten erhalten. Verpasste Zeit kehrt nie zurück.

Der Trick, mit dem uns das Geld verführt, ist vielleicht schnell erklärt, aber seine Wirkung so umfassend, dass sie nur nach eingehendem Studium zu verstehen ist. Dazu will dieses Booklet anregen, indem es die Regeln des Geldes einfach und plausibel erklärt und die wichtigsten Folgen erläutert. 29 Jahre als Autor und Referent zum Thema haben gezeigt: Die Schwierigkeit, das Geld zu verstehen, liegt nicht in der Komplexität der Materie – sie ist im Grunde ganz einfach. Das grösste Hindernis liegt im kollektiven Irrtum. Wenn alle denselben Fehler begehen, ist er erst zu erkennen, wenn die Konsequenzen unausweichlich sind. Auch wenn man oft erst durch Schaden

klug wird – so weit sollten wir es nicht kommen lassen. Mit ein bisschen Nachdenken und ein wenig Mut, die eigenen «Wahrheiten» in Frage zu stellen, eröffnet sich eine Welt der Fülle, die wir heute fast nicht für möglich halten. Wer sein Leben im Bunker verbringt, mag zunächst auch nicht glauben, dass draussen die Sonne scheint, die Vögel zwitschern und das Leben spriesst. Dieses Booklet möchte die Türe dieses Bunkers einen Spalt breit öffnen, das Potenzial eines gerechten Geldes aufzeigen und anregen, die Regeln des Geldes zu erforschen und die nötigen Reformen mitzutragen. Die Broschüre ist eine kurze Zusammenfassung meines Buches «Das nächste Geld», das zwar auf sehr positives Echo gestossen ist, aber mit einem Umfang von 250 Seiten für viele Menschen als Einstieg doch zu umfangreich scheint. Passen Sie bei der Lektüre also auf: Das Thema Geld ist ansteckend. Zum Glück ist das so. Denn Geldreform kann nur gelingen, wenn viele Menschen den Irrtum erkennen. Und handeln.

Christoph Pfluger, Solothurn, Oktober 2016.

Die Grundlagen

Geld ist nicht das, was wir meinen; und es tut nicht, was wir erwarten. Dies ist der Grund hinter den rätselhaften Problemen, die uns die Geldwirtschaft beschert: Überfluss auf der einen, bittere Armut auf der anderen Seite des Planeten; wiederkehrende Krisen, die sich scheinbar nicht aus der Welt schaffen lassen; ungetane Arbeit so weit das Auge reicht und gleichzeitig hartnäckige Arbeitslosigkeit; mühelose Gewinne bei den Einigen, harte Arbeit ohne Ertrag bei den Anderen.

Hinter diesen Widersprüchen liegt eine gemeinsame Ursache: Die meisten Menschen – Banker, Ökonomen und Politiker eingeschlossen – verstehen nicht, was Geld ist. Einige geben es sogar zu, wie etwa Alan Greenspan, von 1987 bis 2006 Präsident der amerikanischen Zentralbank: «Wir haben ein Problem, Geld exakt zu definieren. ... Die gängige Definition von Geld gibt uns nicht die geeigneten Mittel, die Geldversorgung zu kontrollieren», sagte er an einem Kongress-Hearing vom 17. Februar 2000.

Was ist Geld? Es ist Tauschmittel, Wertmassstab und Wertaufbewahrung, sagt die gängige Definition. Aber das sind Beschreibungen, was Geld tut oder tun sollte, und nicht, was es ist. Was Geld sein sollte, zeigt die Betrachtung eines einfachen Tauschvorgangs, zum Beispiel zwischen einem Schreiner und einem Bauern. Der Schreiner liefert dem Bauern einen Tisch und lässt sich mit 1000 Eiern bezahlen. Weil er eine so grosse Omelette aber nicht essen kann, erhält er Gutscheine für die portionenweise Lieferung der Eier. Diese Gutscheine sind ein Anrecht auf Gegenleistung. Das Kollektiv macht aus ihnen durch Vereinbarung ein übertragbares Recht, das von allen akzeptiert wird – Geld. Der Schreiner kann mit diesen Gutscheinen auch den Förster bezahlen, der ihm neues Holz liefert.

Geld ist also ein Anrecht auf Gegenleistung. Es entsteht durch Leistung (der Tisch des Schreiners) und berechtigt zum Bezug einer Gegenleistung (die 1000 Eier). Es verliert seinen Wert, wenn es ohne Leistung entsteht oder wenn keine Gegenleistung geliefert werden kann, wenn also der Bauer beispielsweise bloss über fünf Hühner verfügt, deren Eier die eigene Familie täglich verzehrt. Es verliert seine grundlegenden Eigenschaften auch, wenn keine Institution für die Übertragbarkeit sorgt oder die Einhaltung der Regeln vernachlässigt.

Wie steht es mit dem Geld von heute? Sein Wesen offenbart sich in seiner Entstehung. Was viele nicht wissen: Die privaten Banken schöpfen das meiste Geld selber – rund 90 Prozent. «Der Vorgang, mit dem Banken Geld erzeugen ist so simpel», schrieb der grosse amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith, «dass der Verstand ihn kaum fassen kann.» In der Tat: «Die Banken schaffen neues Geld, indem sie Kredite vergeben», schreibt die Schweiz. Nationalbank (SNB) auf Seite 19 ihrer Broschüre «Die Nationalbank und das liebe Geld». Wenn ein Kreditnehmer zur Bank geht, leiht ihm die Bank nicht das Geld der Sparer – die behalten es nämlich –, sondern schreibt ihm einfach den gewünschten Betrag ins Konto. Das ist Geld, das es vorher nicht gegeben hat, und damit kann der Kreditnehmer mit einfacher Überweisung seine Rechnungen bezahlen. Das Geld aus dem Nichts funktioniert also wie Geld, für das jemand hart arbeiten musste. Die Banken können übrigens mit diesem selbst gemachtem Geld auch Vermögenswerte kaufen.

Die Banken können allerdings nicht beliebig Geld aus dem Nichts schöpfen, aber fast. Sie brauchen dazu lediglich eine

Geld ist ein Anrecht auf Gegenleistung. Es verliert seinen Wert, wenn es ohne Leistung entsteht oder wenn keine Gegenleistung geliefert werden kann.

Mindestreserve an gesetzlichem Zahlungsmittel von 2,5 Prozent (im Euroraum 1 Prozent). Je nach Risikostufe des Kredits müssen die Banken noch etwas Eigenkapital vorhalten, nach dem Regelwerk Basel III rund 7 Prozent. Sind die Eigenkapitalvorschriften erfüllt, braucht eine Bank für einen Kredit von einer Million also bloss eine Reserve von 25 000 Franken. Fehlen der Bank die 25 000, kann sie sich diese von der Nationalbank leihen, zum Leitzins von 1 Prozent, also für 250 Franken pro Jahr. Mit diesem winzigen Betrag kann die Bank den Millionenkredit finanzieren – ein ziemlich attraktives Geschäft. Aber nicht ganz problemlos für die Allgemeinheit. Denn:

Mit jeder Kreditvergabe entsteht ein gleichbleibendes Guthaben, das in Zirkulation geht und eine Forderung, die mit der Zeit wächst. Die Geldschulden liegen immer über der Geldmenge und der Abstand wächst ständig. Die Bank verlangt ja nicht nur die Rückzahlung des Geldes (das sie nie gehabt hat), sondern auch den Zins. Die wachsende Lücke ist u.a. der Grund, warum ausser ein paar kleinen Steuerparadiesen sämtliche Staaten der Erde hoch verschuldet sind.

Die Asymmetrie der Geldschöpfung ist für eine ganze Reihe von Problemen verantwortlich, mit denen die Finanzbranche, die Politik, die Unternehmen, aber auch wir Individuen zu kämpfen haben – mit äusserst bescheidenem Erfolg, wie wir seit Ausbruch der Finanzkrise wissen. Einige, durchaus ernst zu nehmende Ökonomen sind sogar der Ansicht, die heutigen Lösungen verschlimmerten nur die Probleme. Denn die Regeln in diesem Krisenmanagement werden von den Banken, Zentralbanken, Hedgefonds und Rating-Agenturen diktiert, die nicht nur die Schwierigkeiten geschaffen haben, sondern von ihrem Fortbestand auch noch profitieren. Es kommt nicht gut, wenn man die Wölfe mit dem Schutz der Schafe betraut.

Das grundlegende Problem des heutigen Geldes besteht also in der privaten Kreditgeldschöpfung gegen Zins, die zu Schulden führt, die niemals zurückbezahlt werden können. Aber: Ist eine Schuld, die nicht getilgt werden kann, noch eine Schuld oder nicht schon etwas undefinierbares, eine Art ökonomische Erbsünde? Die moderne Ökonomie macht es sich einfach und erklärt Schulden kurzerhand zu Geld. Doch es ist ein Recht auf eine Leistung, die es im geforderten Umfang nicht gibt und nie geben kann. Auf diesem wackeligen Fundament steht das weltweite Finanzgebäude, das die Erde zunehmend unbewohnbar macht. In jedem seiner Räume lauert ein Ungeheuer, das uns zu verschlingen droht. Dem ersten begegnen Sie auf der folgenden Seite.

Kein Gesetz erklärt, was Geld ist

An der Schnittstelle zwischen Jurisprudenz und Bankwesen, wo die Klarheit der Sprache ihren höchsten Stand erreichen und die Verhältnisse eindeutig benennen müsste, ist Geld erstaunlicherweise ein unscharfer Begriff. Was Geld ist, wird auf keiner der rund 65 000 Seiten bundesrechtlicher Erlasse der Schweiz definiert, obwohl es in fast allen der knapp 5000 Gesetze und Verordnungen eine wichtige, manchmal die entscheidende Rolle spielt. Recht hat fast immer auch mit Geld zu tun. Aber welches Recht Geld darstellt, das weiss der Gesetzgeber nicht. Immerhin definiert er in Art. 2 des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) von 1999 das gesetzliche Zahlungsmittel:

«Als gesetzliche Zahlungsmittel gelten:

- a. die vom Bund ausgegebenen Münzen;
- b. die von der Schweizerischen Nationalbank ausgegebenen Banknoten;
- c. auf Franken lautende Sichtguthaben bei der Schweizerischen Nationalbank.»

Zwei Dinge fallen auf:

- Ein Guthaben bei einer Bank ist offenbar nicht gesetzliches Zahlungsmittel, obwohl man damit bezahlen kann.
- Es gibt unbares gesetzliches Zahlungsmittel, aber nur für Inhaber eines Kontos bei der Nationalbank. Ein solches ist natürlichen Personen und Firmen im Gegensatz zu den Banken allerdings verwehrt.

Der Bundesrat ist sich bewusst, dass unser «Geld» auf den Bankkonten kein gesetzliches Zahlungsmittel ist, sondern bloss eine Forderung, auf Verlangen gesetzliches Zahlungsmittel (also Bargeld) auszuzahlen. Das können die Ban-



ken aber nur im Ausnahmefall, denn die Mindestreserve liegt ja bloss bei 2,5 Prozent und das (mehrheitlich illiquide) Eigenkapitalpolster bei nochmals ein paar Prozenten. Von hundert Besitzern eines Bankkontos können zwei bis drei sofort ihre Forderungen tatsächlich einlösen, nach einiger Wartezeit bestenfalls zehn. Das Geld der Banken ist also ein ziemlich leeres Versprechen – Einlagensicherung hin oder her. Sie deckt nur knapp fünf Prozent

der versicherten Einlagen. Die Pleite einer mittleren Kantonalbank oder eines vergleichbaren Instituts, und das Sicherheitsnetz besteht nur noch aus einem einzigen Loch.

Trotz des ökonomisch unhaltbaren Versprechens der Banken, wird ihr «Geld» auch von den staatlichen Stellen wie gesetzliches Zahlungsmittel behandelt. Aber nicht nur das: Sie geben dem Surrogat der Banken sogar den Vorzug gegenüber dem gesetzlichen Zahlungsmittel, zu dessen Annahme sie eigentlich jederzeit verpflichtet wären. Versuchen Sie einmal, Ihre Steuern mit gesetzlichem Zahlungsmittel zu bezahlen! Sie werden hartnäckig sein und viel Überredungskunst anwenden müssen.

Wie schlecht es um die Rechtssicherheit in Geldsachen bestellt ist, zeigen auch die weltweiten Bemühungen, die Verwendung von Bargeld einzuschränken und das private elektronische Bankengeld zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel zu erheben. Wenn es gar gelingen sollte, das Bargeld bis 2018 abzuschaffen, käme dies einer eigentlichen Machtergreifung gleich.

Haarspaltereien, werden manche denken: Geld ist Geld. Aber das stimmt nur, wenn die Wirtschaft wächst, die Stabilität

der Banken über jedem Zweifel steht und nur wenige Kunden ihr Substitut gegen echtes Geld tauschen wollen. Sobald die Bonität der Banken schwankt, zeigen unsere Bankguthaben ihr wahres Gesicht, das eines Kredits. Um ihn zu retten, muss der Staat, d.h. das Kollektiv der Steuerzahler das unsichere Privatgeld der Banken mit echtem Geld der Nationalbank unterfüttern. Wieviel das kostet, ahnen wir seit der UBS-Krise. Aber das war zu einer Zeit, als Krisen bloss Dutzende von Milliarden kosteten. Jetzt sind es Hunderte. Und es ist nicht mehr unser kollektives Steuergeld, das auf dem Spiel steht, sondern auch unser privates und das der ganzen Weltwirtschaft. Denn der Bail-out, die Rettung durch den Staat, wurde weltweit durch den Bail-in, die Rettung durch die Besitzer und die Kontoinhaber, ersetzt

Die fehlende Rechtsnatur des Geldes bereitet den Weg für die Enteignung. Die Negativzinsen, wie sie die Nationalbank und andere Zentralbanken bereits anwenden, sind dabei noch eine relativ harmlose, auf längere Sicht aber einschneidende Form. Insbesondere die Rentenversprechen sind gefähr-

Damit Negativzinsen auf breiter Front eingeführt werden können – und sie sind zur Entschuldung dringend notwendig –, muss zuerst das Bargeld abgeschafft werden.

det. Damit Negativzinsen auf breiter Front eingeführt werden können – und sie sind zur Entschuldung dringend notwendig –, muss zuerst das Bargeld abgeschafft werden. Denn wer sein schrumpfendes Bankguthaben als Bargeld vor der Entwertung retten kann, wird es auch tun. Das ist der tiefere Grund, warum seit eini-

gen Jahren gezielt an der Abschaffung des Bargeldes gearbeitet wird – mit zweifelhaften Argumenten. Es diene der Kriminalität und Steuerhinterziehung, sei unpraktisch, teuer und überdies mit Keimen behaftet. Doch das ist eher Vorwand als Begrün-

dung. Vor allem ist die Bargeldabschaffung Vorstufe und Voraussetzung für die viel gravierendere Enteignung, die vom Int. Währungsfonds (IWF) und selbst der konservativen Deutschen Bundesbank offen befürwortet wird: die sogenannte Vermögensabgabe. Mit einer zehnpromzentigen Reduktion der Bankguthaben kämen in der Eurozone 3853 Mrd. zusammen; die Schuldenquote der Staaten würde auf 55 Prozent sinken, knapp unter die Grenze von 60 Prozent, die der Vertrag von Maastricht für das Funktionieren des Euro bestimmte. Aber selbst eine solch einschneidende Massnahme wäre nur eine vorläufige «Lösung». Denn in unserem System wachsen die Schulden ständig schneller als die Geldmenge.

Darum ist die Rechtssicherheit beim Geld so wichtig:

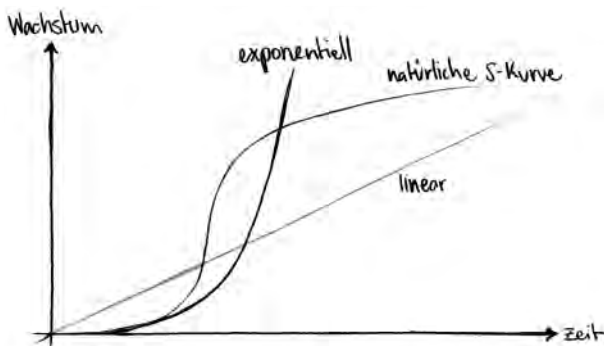
Wenn wir etwas leisten, erhalten wir dafür ein Recht auf Gegenleistung in Form von Geld, das wir bei Bedarf oder passender Gelegenheit wieder in eine entsprechende realwirtschaftliche Gegenleistung tauschen können (sollten). Wenn sich die Geldmenge in der Zwischenzeit ohne parallele Steigerung der Wirtschaftsleistung erhöht, dann vermindert sich unser rechtmässiger Anspruch. Die autonome Geldschöpfung durch die privaten Banken greift damit tief in die Eigentumsrechte ein und gefährdet, was die Banken zu verteidigen vorgeben: die liberale Gesellschaftsordnung.

Um die Entzauberung hinauszuschieben, hat die Ökonomie ein Allerweltsheilmittel: Wachstum. Aber es macht uns krank, wie wir gleich sehen werden.

Der Wachstumszwang frisst alles auf

Weil die Banken, die rund 90 Prozent des Geldes schöpfen, ständig mehr verlangen als sie geben, ist nie genug Geld zur Bezahlung der Schulden da, selbst wenn alle Matratzen gewendet und sämtliche Konten geräumt würden. Sie müssen deshalb ständig neues Geld in Umlauf bringen – über Kredite an Staaten, Firmen und Private. Sie haben gar keine andere Wahl. Täten sie es nicht, gingen die Kreditnehmer pleite und das Spiel wäre aus, bevor es richtig begonnen hat. Es ist im Grund ein Kettenbrief: Das Spiel wird verlängert, indem das uneinlösbare Versprechen vergrößert wird. Solange die Teilnehmer daran glauben, gibt es immer ein paar Gewinner. Am Schluss aber verliert die grosse Mehrheit.

Damit die Kreditkette nicht reisst, müssen also immer neue und grössere Darlehen gesprochen werden. Und damit sich Kredite rechtfertigen lassen, braucht es Wachstum. Denn in einer stabilen Wirtschaft – von einer schrumpfenden gar nicht zu sprechen – lässt sich der Mehrertrag gar nicht erwirtschaften, den es zur Bedienung der Kredite braucht. Deshalb sind wir süchtig nach Wachstum.



Die drei Arten von Wachstum

(Quelle: Money – Sustainability. Club of Rome EU Chapter, 2012. Illustration: Vincent Grand)

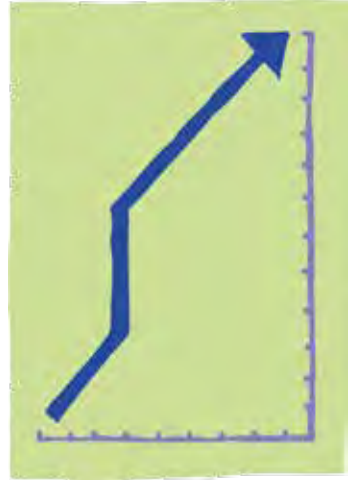
Natürlich ist Wachstum nicht gleich Wachstum. Am leichtesten zu verstehen ist das lineare Wachstum – jedes Jahr einen gleichbleibenden Betrag mehr. Eine gerade, ansteigende Linie ist es, was die meisten Menschen vor ihrem geistigen Auge sehen, wenn sie beispielsweise lesen, die Zahl der Autos hätte sich in den letzten 35 Jahren um durchschnittlich 2 Prozent erhöht. Aber jede prozentuale Zunahme ist, wenn sie anhält, exponentielles Wachstum. Exponentielles Wachstum ist für uns Menschen nur schwer zu erkennen, weil es in der Natur nicht vorkommt – ausser im embryonalen Zustand und in Krebszellen. Der amerikanische Physiker Alfred Bartlett hält die Unfähigkeit des Menschen, das exponentielle Wachstum zu erkennen, sogar für seinen grössten Fehler. Damit Sie es leichter entdecken, eine kleine Faustregel: Die Division der Zahl 70 durch den prozentualen Wert ergibt die Verdoppelungszeit. Wenn also die Zahl der Autos um 2 Prozent zunimmt, haben wir nach 35 Jahren eine Verdoppelung – so geschehen in der Schweiz in den vergangenen 35 Jahren. Wer hätte damals gedacht, dass die gesamte Bevölkerung einmal auf den Vordersitzen ihrer Autos Platz finden würde?

*Exponentielles
Wachstum ist für uns
Menschen nur schwer zu
erkennen, weil es in der
Natur nicht vorkommt.*

Exponentielles, also unendliches und immer schneller steigendes Wachstum ist in einer endlichen Welt natürlich nicht möglich. Daran glauben, wie der US-Ökonom Kenneth Ewart Boulding so schön sagte, nur Idioten oder Ökonomen. Aber mit endlichen Grenzen kommt unser Geldsystem mit seiner unendlichen Wachstumsdynamik nicht zurecht. Weil in einer endlichen Welt nicht unendlich Substanz geschaffen werden kann, verlagert sich die Produktion von der Befriedigung natürlicher Bedürfnisse zunehmend in Dinge, für die zuerst

mit viel Marketinggeld eine Nachfrage herbeigezaubert werden muss und in Güter, die allein der Befriedigung emotionaler Bedürfnisse oder der Demonstration des sozialen Status dienen. Wer hier ernsthaft von der Befriedigung von Bedürfnissen spricht, kann nur die Gier des sich selbst vermehrenden Schuldgeldes meinen.

Der Mensch im Kapitalismus produziert und konsumiert nicht derart masslos, weil er will, sondern weil er muss. Dabei bekommt uns der Überfluss gar nicht. Gemäss dem US-Neurowissenschaftler Peter Whybrow hat sich das menschliche Gehirn in einer von Kargheit geprägten Umgebung entwickelt und ist gar nicht für eine Welt des extremen Überflusses vorgesehen. Die Konsequenz: «Wir haben eine physiologische Funktionsstörung erzeugt. Wir haben die Fähigkeit zur Selbstregulierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen verloren.» (Peter Whybrow: Wenn mehr nicht genug ist – Analyse einer gierigen Gesellschaft (2007).



Unter der Wirkung des Wachstumszwangs verhält sich Wirtschaft zunehmend unökonomisch. Ein paar Beispiele:

- Erfindung synthetischer Bedürfnisse: Die Pharmaindustrie erfindet Krankheiten und die Medikamente dazu, die Autoindustrie baut Fahrzeuge, deren Leistung wir aufgrund der Tempolimiten gar nicht brauchen können, und die Mode verkauft ohnehin mit jeder Jahreszeit etwas, das wir schon haben.
- Immer schnellere Ausbeutung natürlicher Ressourcen: Weil unser Geld Nachhaltigkeit systematisch benachteiligt, werden veraltete Technologien zu langfristig hohen Kosten am

Leben erhalten, zum Beispiel der Verbrennungsmotor und die dazu notwendige Erdölgewinnung. Dabei hat der Benzinmotor einen Wirkungsgrad von bloss 12 bis 14 Prozent, der Elektromotor von mindestens 90 Prozent. Jetzt müssen Öl und Gas mit problematischen und teuren Technologien wie Tiefseebohrungen oder Fracking gewonnen werden. Dabei könnte allein die Schweiz durch konsequente Umstellung auf erneuerbare Energien bis im Jahr 2060 600 Mrd. Franken sparen, wie der ETH-Professor und Informatik-Unternehmer Anton Gunzinger schlüssig berechnet hat.

- Hochfahren der Militärausgaben: Obwohl wir seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in einer Welt leben, in denen die Gefahren nicht mehr mit Armeen und konventionellen Waffen eingedämmt werden können, sind die Militärausgaben seit 1998 um 62 Prozent gestiegen, von 1,054 Billionen Dollar auf 1,711 Bio im Jahre 2014. Typisch ist der Fall des hochverschuldeten Griechenland mit den zweithöchsten Pro-Kopf-Militärausgaben aller NATO-Staaten. Das Land mit seinen vielen Inseln verfügt über mehr Panzer als Deutschland, Grossbritannien und Frankreich zusammen! Waffen sind volkswirtschaftlich doppelt sinnlos: Sie sind teuer und unproduktiv, und wenn sie einmal «produktiv» eingesetzt werden, hinterlassen sie nur Zerstörung.

- Umwandlung von unbezahlten und nicht berechneten Dienstleistungen in kostenpflichtige Services: Altenpflege, Kinderbetreuung, Zubereitung von Mahlzeiten – immer mehr Bereiche des sozialen Biotops werden von der Geldwirtschaft vereinnahmt und monetarisiert. Jetzt sollen auch noch die kostenlosen Leistungen vor allem der Frauen in Geldwerten beziffert und in die volkswirtschaftliche Rechnung eingeführt werden. So verständlich das Anliegen aus feministischer Sicht ist, so zweifelhaft dürften die Folgen sein. Die Gefahr ist jedenfalls gross, dass das, was geschützt werden soll, letztlich zerstört wird. Und mit jeder Umwandlung eines Lebens- oder

Naturwerts in einen Geldwert zerstören wir Brücken, zu einem menschlichen Mass zurückzukehren.

- Gezielte Alterung und Verschlechterung der Produkte (*planned obsolescence*). Immer mehr Güter werden absichtlich mit Bruchstellen ausgestattet, damit sie schneller ersetzt werden müssen. Der Ökonom Christian Kreiss beziffert in einer Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen von 2013 den Kaufkraftverlust allein für Deutschland auf jährlich 106 Mrd. Euro. Mit diesem Geld könnte Deutschland seine gesamten Risiken in Griechenland und Portugal locker wegstecken, in einem einzigen Jahr.

- Verlagerung der Kosten auf die Gesellschaft und in die Zukunft. Wenn dies wenigstens ökonomisch wäre, könnte man bei aller Ungerechtigkeit noch darüber diskutieren. Aber die allermeisten Kosten sind an der Quelle am niedrigsten und sie steigen, je weiter sie sich von ihr entfernen. Es ist volkswirtschaftlich billiger, für Arbeitsgesundheit zu sorgen, als die ausgebrannten Hamsterradfahrer in den Burnout-Kliniken, Invalidenversicherungen und Arbeitslosenkassen über die Runden zu bringen. Es kostet auch weniger, jetzt keine Atomkraftwerke zu bauen, als sie später teuer entsorgen zu müssen.

Die allermeisten Kosten sind an der Quelle am niedrigsten und sie steigen, je weiter sie sich von ihr entfernen.

Es ist volkswirtschaftlich billiger, für Arbeitsgesundheit zu sorgen, als die ausgebrannten Hamsterradfahrer in den Burnout-Kliniken, Invalidenversicherungen und Arbeitslosenkassen über die Runden zu bringen. Es kostet auch weniger, jetzt keine Atomkraftwerke zu bauen, als sie später teuer entsorgen zu müssen.

Da sich das System mit exponentieller Dynamik entwickelt, fördert es nicht nur die Gier, sondern braucht sie früher oder später zu seinem Überleben: Ohne Gier an der Spitze (bei den Vermögenden und ihren Handlangern, den Managern) und ohne Gier an der Basis (bei den Konsumierenden) würde unser Geldsystem zusammenbrechen. Da scheint die Gier die sicherere Option.

Nun sind die Grenzen des Wachstums – wenn auch nicht seine Ursachen – vor einigen Jahrzehnten in die öffentliche Wahrnehmung gedungen und haben nicht nur bei den Umweltbewegten Fragen aufgeworfen. Die Wachstumsmotoren selbst haben eine passende Antwort gefunden: nachhaltiges Wachstum. Der Begriff ist so einleuchtend, dass ihn fast alle Firmen der Erde in ihr Leitbild getextet haben – besser statt mehr. Trotzdem ist es eine leere Floskel, wenn nicht sogar ein Kampfbegriff des Kapitalismus. Denn all dieses qualitative Wachstum, das rund um den Globus angestrebt wird, muss in unserem Geld- und Wirtschaftssystem auch mehr Umsatz bringen, sonst findet es schlicht und einfach nicht statt. Nur: Alle Erfindungen, die uns heute Sorgen bereiten und sogar an den Rand des Abgrunds bringen, begannen als qualitative Verbesserung und oft auch als Verminderung der Ausbeutung und Zerstörung natürlicher Ressourcen. Kohle verhinderte die Abholzung der Wälder, Erdöl verdrängte die dreckige Kohle, und die Kernkraft versprach einmal, uns unbeschränkt mit sauberer Energie zu versorgen. Aber in der künstlichen Welt des privaten Kreditgeldes beginnt alles vielversprechend und endet desaströs.

Denn je mehr Produkte wir bereits haben, desto weniger nützlich sind sie, desto geringer ist ihre Wirtschaftlichkeit und desto kleiner die Wahrscheinlichkeit, dass sich damit noch die Erträge erwirtschaften lassen, die zur Rückzahlung von Kredit und Zinsen erforderlich sind. Als Konsequenz braucht es weniger Kredit, auf dessen Wachstum unser Geldsystem aber existentiell angewiesen ist. Die Magier des Geldes hätten allerdings ihren Beruf verfehlt, wenn sie nicht auch für dieses Problem eine magische Lösung gefunden hätten: Transaktion ohne Produktion.

*In der künstlichen
Welt des privaten
Kreditgeldes beginnt
alles vielversprechend
und endet desaströs.*

Wachstum ohne Wachstum

Das Prinzip ist einfach: Anstatt in die Realwirtschaft, wo man mit Schweiss und Risiko um den Erfolg der Investition kämpfen muss, fliessen die Kredite in Wertpapiere. Durch die Erhöhung der Geldmenge steigt ihr Buchwert (aber nicht die Wertschöpfung!) und sie können mit Gewinn verkauft werden. Der Trick besteht darin, der Geldpumpe stets ein bisschen Vorsprung zu verschaffen, sodass zum Verkaufszeitpunkt des Wertpapiers immer ein bisschen mehr Geld im Pool ist als zum Zeitpunkt seines Kaufs – das beste Klima für steigende Preise. Das Resultat: Mehr Geld, weniger Risiko und vor allem keine Arbeit für den Investor.

Ein Rechenbeispiel: Wenn Sie sich für 100 Franken ein Wertpapier kaufen, das pro Jahr 10 Franken abwirft, haben Sie eine Rendite von 10 Prozent. Wenn Sie die 100 Franken als Sicherheit

für einen Kredit über 500 Franken hinterlegen, dafür 5 Prozent Zins bezahlen (= 25 Franken) und damit Wertpapiere kaufen, ergibt dies einen Ertrag von brutto 50 und netto 25 Franken – eine Gewinnsteigerung von 150 Prozent. Wenn allerdings der Wert der Papiere um zehn Prozent sinkt, ist die Hälfte des Kapitals schon weg. Dieses Beispiel ist noch vergleichsweise harmlos. Während hier das Investitionskapital per Kredit verfünffacht wurde, wird es in der real existierenden Finanzwirtschaft

verfünzfacht. Anstatt bloss 10 Prozent lässt sich damit ein Gewinn von 250 Prozent des eingesetzten Kapitals erzielen, der sich im Grunde aus dem für das Geschäft geschöpften Kre-



dit finanziert, also gewissermassen aus Nichts. Umgekehrt ist auch die Verkustgefahr um Potenzen grösser. Deshalb zittern die Banken um jede Kommastelle Wachstum.

Je mehr die produktive Realwirtschaft an ihre Grenzen stösst, desto mehr verlagert sich das Kreditgeschäft in Anlagegüter wie Wertpapiere und Immobilien, wo das Geldmengenwachstum sich selbst befeuert. Natürlich wachsen auch in dieser virtuellen Welt die Bäume nicht in den Himmel, aber doch hoch genug, um sehr tief fallen zu können. So geschehen in den 1920er Jahren, mit den bekannten Folgen: Zuerst stürzten die Aktien und die Kredite in sich zusammen, dann die Wirtschaft, dann die Politik, und schliesslich wurde die halbe Welt verbrannt.

Man musste also in Zukunft schlauer vorgehen. Als der Nachkriegsboom in den 1970er Jahren zu Ende ging, galt es, die alten Fehler zu vermeiden bzw. sie besser zu kaschieren. Dazu brauchten die Finanzmärkte einerseits mehr Freiheiten, die sie mit stetigen Deregulierungen seit Beginn der 1980er Jahre auch erhielten und die ihnen nach wie vor gewährt werden – trotz aller Rufe nach mehr Kontrolle. Und andererseits brauchte es mehr Sicherheiten – Derivate aller Art wurden eingeführt. Während eine Aktie einen direkten Vermögenswert darstellt, nämlich einen Anteil an einem Unternehmen, ist ein Derivat (von lat. *derivare* = ableiten) ein abgeleiteter Vermögenswert. Ein Derivat kann zum Beispiel ein Vertrag sein, einen Vermögenswert in der Zukunft zu einem bestimmten Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Es kann auch ein Recht sein (Option), ein bestimmtes Geschäft in einer festgelegten Frist zu tätigen. Solche Verträge lassen sich verbinden mit Entwicklungen von Aktienkursen, Zinsen und Preisen aller Art und suggerieren damit eine gewisse Sicherheit: Man meint, den Markt austricksen und den Regenschirm bei schlechtem Wetter kaufen zu können, dann aber zu Schönwetterpreisen.

Andere Derivate bündeln Schulden (z.B. Hypotheken oder Verpflichtungen aus Kreditkarten- oder Leasingverträgen) und machen daraus handelbare Wertpapiere, die zum Bezug eines entsprechenden Anteils der Rückzahlungen berechtigt. Das erlaubt es den Banken einerseits, die schlechten Risiken mit den guten zu verwursten und zu veredeln und sie anschliessend durch Verkauf aus ihrer Bilanz zu bringen.

Die Verträge hinter diesen Derivaten sind kompliziert und können bis zu hundert Seiten umfassen; kein Jurist liest das freiwillig, man muss ihn dafür bezahlen. Und die Formeln hinter den Kalkulationen sind so komplex, dass sie nur noch Finanzmathematiker verstehen. In der Summe, so kann man behaupten, hat da kein Mensch mehr den Überblick. Sicher ist: Sie verstärken den Anschein der Sicherheit und ermöglichten damit eine gigantische Ausweitung der Kredite – und der Gewinne. Sie führten in den Nullerjahren direkt in die Finanzkrise. Mit Hypothekenderivaten konnten die Banken die mangelnde Zahlungsfähigkeit ihrer Kreditnehmer verbergen, bis es zu spät war.

Insgesamt ermöglichten diese Instrumente eine enorme Ausweitung des Bankgeschäfts. 1980 erwirtschaftete der Finanzsektor in den USA rund zehn Prozent der Unternehmensgewinne, vor der Finanzkrise waren es 40 Prozent. Nach einem deutlichen Einbruch haben sich die Werte wieder auf 30 Prozent erholt. (David Stelter: Die Schulden im 21. Jahrhundert, S. 78)

Rund drei Viertel des neuen Geldes – bei einigen Banken sind es über 90 Prozent – fliessen direkt in Staatsanleihen, Aktien, Derivate und andere Anlagewerte wie Immobilien. Das zusätzliche Geld in diesen Märkten lässt die Preise steigen, die Investoren fühlen sich reicher; aber geändert haben sich vor allem die Preisschilder. Das ist Wachstum ohne Wachstum.

Dem «Wachstum» der Finanzbranche steht allerdings eine Schrumpfung der Realwirtschaft gegenüber. Sie kann mit den

Profitraten in der virtuellen Wirtschaft nicht mithalten. Lohn-
druck, Qualitätsminderung, Auslagerung in Billiglohnländer
und noch perfektere Ausbeutung der Ressourcen sind die Folge.

Die Finanzbranche ist nicht ganz blind für die Gefahren dieser Entwicklung. Mittlerweile haben 50 Prozent der weltweiten Firmenschulden offiziell Schrottwert (Standard&Poor's Global Fixed Income). Sie verfügen über ein Rating von höchstens B (=junk); das sind im optimalen Fall hochspekulative Anlagen, bei Verschlechterung der Lage sind Ausfälle wahrscheinlich. 1992 lag der Anteil gemäss Erhebungen der Rating-Agentur Standard&Poor's noch bei 25 Prozent. Heute hat die Hälfte der Firmenschulden also nur dann eine Chance auf Rückzahlung, wenn die Wirtschaft weiter wächst, und das versucht sie seit bald zehn Jahren – bestenfalls mit virtuellem Erfolg. Darum sind Politiker, Ökonomen und Banker so besorgt, wenn das Wachstum einmal nur bei einem Prozent liegt. Unsereins kann froh sein, am Ende des Jahres ein Prozent mehr Lohn zu erhalten. Denn im Durchschnitt sinken die Löhne in Euroland seit rund zehn Jahren, in den USA sogar seit Beginn der 1980er Jahre.

Bevor wir uns dem nächsten Problemfeld zuwenden, eine kurze Zusammenfassung: Die wachsende Lücke zwischen Schulden und Geldmitteln zwingt das Bankensystem zu kontinuierlichem Kreditwachstum. Da dies in der realen Welt nicht durchzuhalten ist, fließt ein immer grösserer Anteil der neuen Gelder direkt in die Finanzwirtschaft – zum Nachteil der Realwirtschaft, die mit den Profitraten der spekulativen Geschäfte nicht mithalten kann. Den wachsenden Geldmengen stehen also relativ gesehen schrumpfende Realwerte gegenüber. Doch was ist unser Geld eigentlich noch wert, wenn die Schulden, aus denen es besteht, nicht bezahlt werden können und die Werte zu ihrer Deckung sich immer mehr in den virtuellen Raum verlagern?

Inflation – was mehr wird, verschwindet

Selbst in einer Wirtschaftswelt, in der neues Geld in die Realwirtschaft fließt, muss mehr Geld geschöpft werden, als reale Werte entstehen. Denn neues Geld ist immer Kredit, und das Geld für den Zins fehlt im System. Inflation ist deshalb die unvermeidbare Folge der privaten Geldschöpfung aus dem Nichts.

Früher bremste die erforderliche Teildeckung in Gold die Geldschöpfung. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs wurde sie schrittweise aufgehoben – der Krieg wäre sonst nicht zu finanzieren gewesen – und nachher teilweise wieder eingeführt. Die Verträge von Bretton Woods zur Regelung der globalen Finanzstruktur nach dem Zweiten Weltkrieg setzte Gold dem Dollar gleich, was es den Amerikanern gewissermassen erlaubte, Gold zu drucken und damit u.a. den teuren Vietnamkrieg zu finanzieren. Als sich der Druck auf die USA erhöhte, Dollarguthaben in Gold zu tauschen, hob Präsident Nixon 1971 die Konvertibilität definitiv auf, mit erheblichen Folgen.

Die inflationäre Entwertung des Geldes erreicht in der langen Frist enorme Dimensionen: Zwischen 1800 und 1900 gewann das britische Pfund, die ehemals harte Währung, mit der die verregnete Insel in der Nordsee die Welt eroberte, 13 Prozent an Kaufkraft. Was im Jahr 1800 hundert Pfund kostete, konnte man hundert Jahre später für 87 erstehen. Im Jahre 2000 musste man dafür 7200 Pfund bezahlen. Dem Dollar erging es nicht viel besser: Was 1913 100 Dollar kostete, war im Jahr 2000 1740 Dollar teuer, eine Inflationsrate von 1640 Prozent. Beim Schweizer Franken lag sie zwischen 1915 und 2000 bei 750 Prozent und bei der D-Mark, der ehemals härtesten Währung



der Welt, zwischen 1948 und 2000 bei immerhin 200 Prozent, auch nicht gerade weltmeisterlich. Die Inflation gehört also zu den Fiat-Währungen (von lat. *fiat* = es werde) wie die Wellen zum Meer.

Aber die offiziellen Zahlen liegen unter den effektiven Werten, weil die Indizes der Konsumentenpreise nach unten frisiert werden, u.a. mit der «hedonischen» Methode (von griech. *hedone* = Lust). Dabei werden Produkte, die besser werden, aber gleichviel kosten, zu tieferen Preisen in die Berechnung aufgenommen. Die gegenläufige Entwicklung – schlechtere Produkte, z.B. solche, die man selber zusammenbauen muss – findet im offiziellen Index allerdings keinen Niederschlag. Eine weitere Methode der legalen Manipulation des Preisindex ist etwas fieser und hat auch keinen Namen. Wenn die Butter teurer wird und sich der Konsum auf die billigere Margarine verlagert, erhält die Margarine einen höheren Stellenwert im Warenkorb und der Index kann sinken, selbst wenn sowohl Butter als auch Margarine teurer werden. Der grösste Mangel der offiziellen Indizes aber ist der Umstand, dass Anlagegüter (etwa Immobilien) nicht darin enthalten sind. Dort, im Schatten der offiziellen Zahlen, haben die grossen Preissteigerungen stattgefunden. Darum wird der Immobilienerwerb mit index-gebundenen Löhnen immer schwieriger.

Es stimmt auch nicht, dass die Inflation – wörtlich die Aufblähung der Geldmenge – vor allem die Besitzer von Geldvermögen schädigt, die immer weniger Realwert für ihr Guthaben erhalten. Entscheidend ist, wer das neue Geld zuerst

erhält. Denn die Erstempfänger können sich noch zu den alten Preisen bedienen. Bis die Preise und Löhne steigen, lässt sich leichtes Geld verdienen. Man kauft sich einen Vermögenswert

Entscheidend ist, wer das neue Geld zuerst erhält. Denn die Erstempfänger können sich noch zu den alten Preisen bedienen.

zum alten Preis und verkauft ihn eine gewisse Zeit später mit Gewinn. Um aktiv von der Inflation profitieren zu können, muss man zwei Bedingungen erfüllen: Man muss über flexibles Kapital in ausreichender Menge verfügen oder kreditwürdig sein, um für das neue Geld überhaupt in

Frage zu kommen, das ja als Kredit in die Welt kommt.

Diese Bedingungen können die meisten Menschen in den Industrieländern gar nicht erfüllen. Einerseits sind viele nicht kreditwürdig und erhalten bestenfalls Konsumkredite mit hoher Verzinsung. Andererseits besteht ihr Sparkapital zur Hauptsache aus gebundener Altersvorsorge (in der Schweiz zu 64 Prozent), über das sie gar nicht verfügen können.

Heute ist die Inflation offiziell kein Problem mehr, aber nur, weil wir den Begriff nicht verstehen, sondern mit Preissteigerung gleichsetzen. Weil einzelne Märkte die Sättigungsgrenze erreichen, die Masse der Konsumenten immer weniger Geld ausgeben kann und viele Firmen auf Teufel komm raus verkaufen müssen, haben einige Preise tatsächlich sinkende Tendenz. Aber das wäre in einer Wirtschaft, in der wir uns alle Mühe geben, es ständig ein bisschen besser zu machen, eigentlich normal. Um die Inflation auf den «Sollwert» von zwei Prozent zu bringen, erleben wir seit einigen Jahren eine beispiellose Geldvermehrung. Aber die Deflationsbekämpfung ist nur der Vorwand, nicht der Grund für die Geldschwemme. Denn wenn die Schulden ständig steigen, müssen die die Geldmengen wachsen, sonst geraten die Bilanzen der

hochverschuldeten Staaten und Firmen aus dem Gleichgewicht. Das Mittel dazu sind sinkende Zinsen, wenn nötig auch unter Null.

Waren vor Ausbruch der Finanzkrise die Banken die Hauptakteure im Spiel der Geldvermehrung – bis sie ohne Rettung daran zugrunde gegangen wären – sind es heute die Zentralbanken, die unter dem Begriff *quantitative easing* (quantitative Erleichterung) den Banken enorme Mengen von Reserven zum Nulltarif zur Verfügung stellen. Die EZB gewährt den Banken einerseits riesige Kredite, praktisch zum Nullzins und kauft ihnen andererseits Staatsanleihen und Firmenanleihen mit neu geschöpftem Geld ab. Die Folge: Anstatt dass die Geldhäuser ihre schlechten Papiere abschreiben müssen, werden sie in einer gigantischen Blase aus Luftgeld in die Höhe getrieben. Das neue Geld erreicht die Realwirtschaft nicht, sondern fließt praktisch zur Gänze in die Finanzwirtschaft. Es macht nicht nur die Reichen reicher, sondern staut sich auch in Papierwerten, die irgendeinmal in reale Werte getauscht werden müssen. Sobald die Anleger merken, dass dies schwierig sein wird, wird ein inflationärer Tsunami die Welt überrollen und unsere Altersguthaben vernichten.

Zwischenstand: Wir wissen, dass die Banken Geld aus dem Nichts schöpfen und dass dadurch die Schulden immer schneller wachsen als die Geldmittel zu ihrer Bezahlung. Die Folge ist ein Wachstumszwang, der sich kontinuierlich in die Finanzbranche verlagert und die Realwirtschaft benachteiligt, wo die Werte geschaffen werden, von denen wir leben. Diese Form der Geldschöpfung hat eine Inflation zur Folge, welche die Erstbezügler des neuen Geldes – die Kreditwürdigen! – bevorzugt. Weil die Lücke zwischen Geldmenge und Geldschulden mit exponentieller Dynamik wächst, muss auch die Geldschöpfung ständig beschleunigt werden, was die Sparguthaben schrump-

fen, die Kreditwürdigen reicher – und die Lücke noch grösser werden lässt.

Die wichtigste Ursache von Kriegen, das zeigt die Geschichtsforschung, sind übergrosse Unterschiede zwischen reich und arm. Hier spielt unser Geldsystem eine entscheidende, wenn auch bestens versteckte Rolle, wie wir gleich sehen werden.

Der grosse Umverteiler

Das Geld kommt als Kredit auf die Welt; der Zins lebt in ihm fort und wird bezahlt, wann immer wir Geld verwenden, nicht nur wenn wir persönlich Schuldner sind. Er ist gewissermassen die Steuer dafür, dass es das Geld der Banken überhaupt gibt; er versteckt sich in den Preisen der Güter und Dienstleistungen. Bei der Müllabfuhr sind es 18, beim Bier 38 und bei den Mieten im sozialen Wohnungsbau sind es 77 Prozent. Im Durchschnitt sind es 30 bis 35 Prozent, hat der deutsche Geldreformer Helmut Creutz ausgerechnet. Dieser Wert deckt sich in etwa mit den Berechnungen des französischen Ökonomen Thomas Piketty, der die langfristigen Kapitaleinkommen auf 25 bis 32 Prozent des Bruttosozialprodukts veranschlagt.

Was die Berechnung auch noch zeigt: Mit einem zinsfreien Geld könnten wir mit einem Drittel weniger Arbeit in etwa denselben Lebensstandard geniessen. Wird die Verschwendung, der Verlust und der Schaden dieses Systems mit nochmals einem Drittel veranschlagt, wird das enorme Potenzial der Geldreform erkennbar

Um die Frage zu beantworten, ob der Zins für uns profitabel ist oder nicht, müssen wir nur die Zinskosten im Umfang von einem Drittel unserer Haushaltsauslagen von den Zinseinnahmen abziehen, die wir Ende Jahr verbuchen. Rechenbeispiel: Wenn Sie 60 000 ausgeben und ein Vermögen von 200 000 besitzen, für das Sie 2 Prozent erhalten, bezahlen Sie 20 000 versteckten und beziehen 4 000 offenen Zins. Saldo: minus 16 000.

Die nächste Frage lautet: Ab welchem Vermögen ist der Saldo positiv? Nur die reichsten rund zwölf Prozent der Bevölkerung mit einem Vermögen von mindestens zwei Millionen Franken verzeichnen einen positiven Zinssaldo, alle anderen zahlen mehr Zins als sie einnehmen.

Unser Geldsystem wirkt somit als ein ständiger Umverteiler von den weniger Bemittelten zu den Reicheren bzw. von den Arbeitenden zu den Besitzenden. Das ist neben der Tatsache, dass Reiche viel weniger Steuern zahlen, der Hauptgrund für die wachsende Schere zwischen arm und reich. Thomas Piketty ist aufgrund der Auswertung von Daten seit rund 1800 denn auch zum Schluss gekommen, dass die Kapitalrendite konstant ein bis drei Prozentpunkte über dem Wirtschaftswachstum liegt. Die Vermögen steigen also im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt, aus dem sie ihre Rendite erzielen, stetig an. Das ist ein Problem, selbst bei wertfreier Betrachtung dieser Umverteilung. Je grösser nämlich die Vermögen sind, desto mehr Druck müssen sie zur Erzielung einer Rendite ausüben. Der Druck äussert sich in sinkenden Löhnen, Verschlechterung der Produkte, Auslagerung von Arbeitsplätzen oder Umweltschäden, um nur einige Faktoren zu nennen. Die Rendite ist für die Werterhaltung des des Kreditgeldes essentiell. Sind die Renditen zu klein, werden keine Kredite mehr aufgenommen; die Kreditkette reisst und das das Kartenhaus fällt. Das ist eine Sackgasse ohne Notausgang, und wir nähern uns unaufhaltsam ihrem Ende.

Wie gross die Unterschiede zwischen reich und arm sein können, ohne zu Gewalt zu führen, ist eine offene Frage. Vor dem ersten Weltkrieg lagen die Vermögen in Europa beim Sechsfachen des Bruttosozialprodukts, aus dem sie ihre Profite erwirtschaften mussten. Die beiden Weltkriege haben die Unterschiede dann nivelliert. Aber heute sind die Unterschiede wieder so gross wie vor dem Ersten Weltkrieg, beileibe kein Grund für Optimismus, vor allem, weil die Rechtslage beim Geld so verworren ist, wie sie nur sein kann. Nicht das Recht wird in diesem Konflikt entscheiden, sondern die Macht. Das ist der Krieg zwischen arm und reich, von dem Warren Buffet, der drittreichste Mensch der Erde sagt, seine Klasse würde ihn gewinnen.

Fazit und Ausblick

Unser Geld besteht also grösstenteils aus Schulden, die gar nie bezahlt werden können. Aber was sind Schulden, die nicht bezahlt werden können? Ewige Schulden, auf die ewig Zins bezahlt werden muss? Die Bankenwelt negiert das unlös-bare Problem, indem sie diese Schulden kurzerhand zu Geld erklärt.

Was ist ein Geld wert, das aus unbezahlbaren Schulden besteht? Auf diese Frage gibt es keine Antwort. Aber eine Lösung.

Alle Reformen wirken nicht oder nicht lange, wenn die privaten Banken weiterhin das Privileg der Geldschöpfung aus dem Nichts gegen Zins geniessen. Es ist nie rechtmässig zustande gekommen und gehört abgeschafft.

Geldschöpfung aus dem Nichts ist unter gewissen Bedingungen durchaus möglich: Wenn die Wirtschaft wächst, kann die Zentralbank als staatliches Organ die entsprechende Geldmenge schuld- und zinsfrei in Umlauf bringen, ohne das System in Schieflage zu bringen. Wenn die Wertschöpfung z.B. um zwei Prozent zunimmt, kann auch die Geldmenge um zwei Prozent wachsen. In der Schweiz wären das rund zwölf Milliarden Franken. Die öffentliche Hand kann das neue Geld ausgeben, man kann es sogar den Bürgern geben – das Gleichgewicht zwischen der Menge des Geldes und dem, was man damit an Waren und Dienstleistungen kaufen kann, bleibt erhalten.

Dies ist denn auch der Kern der sogenannten Vollgeld-Reform, über die das Schweizer Volk in den nächsten zwei Jahren abstimmen kann. Die Vollgeld-Initiative sieht vor, dass nur noch die Nationalbank Geld schöpfen kann und die Banken nur noch Kredite mit Geld vergeben können, das sie tatsächlich haben. Die Banken würden nach einer Vollgeld-Reform genau so

arbeiten, wie die meisten Menschen denken, sie würden es jetzt schon tun: Geld der Sparer einsammeln und als Kredite weiterreichen.

Die wissenschaftlichen Grundlagen der Vollgeldreform sind nicht neu. Sie wurden in den 1930er Jahren von führenden amerikanischen Ökonomen unter der Bezeichnung *100-percent-money* als Antwort auf die Exzesse der 1920er Jahre und der folgenden Weltwirtschaftskrise entwickelt. Drei Viertel der Ökonomie-Professoren der USA waren für die Reform. Aber die Bankenlobby setzte sich durch. Beim *100-percent-money* wäre neues Geld immer noch durch die Kreditvergabe der Banken in Umlauf gekommen; aber diese hätten sich das Geld erst bei der Zentralbank als Kredit beschaffen müssen.

Die Vollgeld-Reform, wie sie in den 1990er Jahren von den Ökonomen Joseph Huber aus Deutschland und James Robertson aus Grossbritannien entworfen wurde, geht noch einen Schritt weiter. Sie versteht die Geldschöpfung als Akt des Souveräns, was es vor der Einführung des privaten Bankengeldes immer gewesen war. Nur ist heute der Souverän nicht mehr ein Fürst, sondern wir alle als demokratisch organisierter Staat.

Das Kollektiv als Geldschöpfer ist nicht bloss eine normative Forderung, sondern ökonomische Realität. Wir alle sind Geldschöpfer, indem wir Leistungen erbringen und damit ein Recht auf Gegenleistung schaffen, das sich in Form von Geld manifestiert. Der Nutzen aus dem Wirtschaftswachstum soll deshalb auch dem Kollektiv zugute kommen. Diese Form der Geldschöpfung erzeugt keinen Mehrwert – das kann Geld drucken nie. Aber sie verteilt die Kaufkraft an dem von der Allgemeinheit erzielten Mehrwert auf gerechte Art und Weise. Die Vollgeld-Schöpfung schmälert im Übrigen nicht den Gewinn der Unternehmen und all der Wirtschaftssubjekte, die durch ihre Leistung besonders zur Erhöhung des Mehrwerts beigetragen haben, sondern bloss

den Gewinn der privaten Banken, die das Geldschöpfungsprivileg usurpiert haben.

Es ist auch nicht so, dass ein demokratisch kontrollierter Finanzhaushalt zu exzessiven Schulden führt, wie immer wieder behauptet wird. Im Gegenteil: Es waren die unabhängigen Zentralbanken, allen voran das private Federal Reserve System der USA, welchen den Banken in den letzten Jahren eine historisch einmalige Geldschwemme bescherten, die den Reichen einen beschleunigten Vermögenszuwachs ermöglichte. Die vor demokratischer Einflussnahme geschützte und teilweise sogar private Steuerung hat also eindeutig nicht gegriffen.

Je grösser der demokratische Einfluss, desto gesünder ist ein öffentlicher Haushalt.

Je grösser der demokratische Einfluss, desto gesünder ist ein öffentlicher Haushalt. Zu diesem Schluss kommen die beiden Ökonominnen Patricia Funk (Universität Pompeu Fabra, Barcelona) und Christina Gathmann (Universität Mannheim). Thomas Mayer und Roman Huber, die in ihrem Buch «Vollgeld» die Wirkung der Demokratie auf das Geldwesen detailliert behandeln, schreiben:

«Die Forscherinnen untersuchten in einer akribischen Fallstudie die Entwicklung der Staatsfinanzen aller 26 Schweizer Kantone in den vergangenen 110 Jahren. Dabei stellten sie fest: Je stärker die Einwohner in einem Kanton selbst über die Verwendung der Staatsausgaben mitreden können, desto besser ist es dort um die öffentlichen Finanzen bestellt. ... Zwischen 1980 und 1999 gab es 461 verschiedene Finanzreferenden – 86 Prozent fanden die Zustimmung der Bürger. Trotz dieser hohen Erfolgsquote bremsst das direkte Mitspracherecht der WählerInnen die Spendierfreude der öffentlichen Hand erheblich, zeigt die Studie. Im Schnitt sind die Ausgaben in Kantonen mit

automatischen Finanzreferenden um 12 Prozent niedriger. ... Die bessere Haushaltssituation hängt jedoch nicht allein mit den geringeren Staatsausgaben zusammen. Auch die Einnahmen steigen als Folge besserer Wirtschaftsentwicklung und höherer Steuerehrlichkeit in Kantonen mit häufigen Volksentscheiden. Dass weniger Steuern hinterzogen werden – gemessen an der Zahl der aufgedeckten Fälle –, führen die Wissenschaftler darauf zurück, dass die Bürger «in einer direkten Demokratie mehr Vertrauen in die Verwendung ihrer Gelder durch die öffentliche Hand haben».

Offensichtlich besteht zudem ein Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Finanzreferenden. Adrian Vatter und Markus Freitag fassen ihre diesbezüglichen Ergebnisse wie folgt zusammen: «Wir können feststellen, dass sich Kantone mit einer hohen Anzahl effektiv durchgeführter Finanzabstimmungen durch eindeutig stärkere Wirtschaftsleistungen auszeichnen als Kantone mit einer geringen Beteiligung des Volkes bei fiskalischen Entscheidungen.» (Zitat Ende)

Die Angst vor dem mündigen Volk entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage und ist nicht mehr als ein Vorwand für die Einschränkung demokratischer Rechte.

Der Nutzen einer Vollgeld-Reform ist enorm. Mit ihr verwandeln sich unsere Bankguthaben von einem Kredit an die Bank in echtes Geld, das von der Nationalbank garantiert und von der Wertschöpfung der gesamten Volkswirtschaft gestützt wird. Das Geld auf unseren Konten ist nicht mehr Teil der Bilanz der Banken und von ihrer Bonität abhängig, sondern so pleitesicher wie Bargeld.

Auf der anderen Seite verwandeln sich die Schulden der Banken an uns, nämlich unsere Guthaben auf ihren Konten, in Schulden der Banken an die Nationalbank. Wenn also Bankkre-

dite zurückbezahlt werden, fliesst ein wesentlicher Teil davon als Tilgung an die Nationalbank. Mit diesem Geld könnte sich der Staat im Verlauf von zwei bis drei Jahrzehnten komplett entschulden. Eine solche Entschuldung durch die Vollgeld-Reform wäre neben der Schweiz noch in einigen anderen Ländern möglich, allerdings nicht in allen. Das Geldproblem vermutlich ist zu gross für eine einzige Lösung. Aber ohne Vollgeld-Reform taugen alle anderen nichts.

Was es vor allem braucht, sind Menschen die das Geldsystem verstehen und verändern. Das Recht auf ein gerechtes Geld wird uns nicht geschenkt werden. Es muss, wie alle Rechte und Freiheiten erstritten werden. Wir haben es in der Hand, daraus einen fröhlichen Streit zu machen, bei dem 99 Prozent gewinnen.



Das vorliegende Booklet ist eine kurze Zusammenfassung des Buches **«Das nächste Geld – die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden»**. edition Zeitpunkt. 3., rev. Aufl. 2016. 256 S. Fr. 25.–/€ 23.–
<http://edition.zeitpunkt.ch/das-naechste-geld>



In diesem Buch habe ich versucht, die verhängnisvollen Wirkungen unseres privaten Schuldgeld-Systems in scharfer, eleganter Sprache darzustellen. Neben den in diesem Booklet beschriebenen Faktoren sind dies u.a. die wiederkehrende Blasenbildung, die Behinderung der Nachhaltigkeit, die Verschärfung des Wettbewerbs oder die systemische Blindheit für Krisen. Alles ist mit Zahlen und Quellen belegt.

Im zweiten Teil zeigt das Buch, wie sich die Machtverhältnisse in der Geschichte als Folge des Geldsystems entwickelt haben. Es ist kein Zufall, dass viele monetäre Innovationen der Finanzierung von Kriegen dienen, die ersten Münzen im 8. Jh.v.Chr., die ersten Staatsanleihen im Venedig des 13. Jh., die Gründung der ersten Zentralbank 1694 in England oder das Fiat-Money, das Geld ohne Wertanker (wie Gold) vor dem Ersten Weltkrieg. Der dritte Teil beschreibt die Reformmöglichkeiten: Vollgeld, alternative Geldsysteme, Tauschkreise und private Geldsysteme.

Nur wer die Mechanismen des Geldes versteht, kann Lüge und Wahrheit unterscheiden, sich selber vor den Folgen der Krise schützen und sich für die dringend notwendigen politischen Veränderungen einsetzen. «Das nächste Geld» liefert dazu die Grundlagen.

«Christoph Pfluger ist wohl eines der besten Bücher zum Thema <Geld> gelungen. Wer es liest, versteht, was Sache ist.» (Geld-Magazin, 2/16)

Weitere Leseempfehlungen:

Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.):

Die Vollgeld-Reform – wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können. Mit Beiträgen von Hans Christoph Binswanger, Joseph Huber, Philippe Mastroradi und einer Einleitung von Mark Joób. edition Zeitpunkt, 4. Aufl. 2014. 84 Seiten, Fr. 12.50.-/€ 10.00.-. ISBN: 978-3-9523955-0-9



Joseph Huber: Monetäre Modernisierung. Die Zukunft der Geldordnung: Vollgeld und Monetative. 5. durchges. Auflage. Metropolis Verlag, 2016. 258 S. € 26.80.

Thomas Mayer und Roman Huber: Vollgeld.

Das Geldsystem der Zukunft – unser Weg aus der Finanzkrise. Tectum Verlag, 2014. 320 S. Fr. 21.20/€ 18.95. www.vollgeld.info



Norbert Häring: die Abschaffung des Bargelds und die Folgen – der Weg in die totale Kontrolle. Quadriga Verlag, 2016. 256 S., geb. 18,00 €.

*Der höchste Lohn für unsere
Bemühungen ist nicht das,
was wir dafür bekommen,
sondern das, was wir
dadurch werden.*

*John Ruskin
britischer Schriftsteller und
Sozialphilosoph (1819 bis 1900)*

Impressum:
Christoph Pfluger: Text
ron&joe: Illustrationen
1. Auflage: Oktober 2016




Das Werk darf unverändert, unter Quellenangabe
und ohne kommerzielle Absicht weiter verbreitet
werden.

edition Zeitpunkt, Werkhofstr. 19, 4500 Solothurn.
edition.zeitpunkt.ch

«Geld verstehen!» wird nicht über den Buchhandel
vertrieben. Weitere Exemplare können bestellt
werden per e-Mail an: verlag@zeitpunkt.ch
Einzelpreis: Fr. 5.–, 10 Ex.: Fr. 30.–, 50 Ex.: Fr. 120.–

Ich bestelle

- (Ex.) **Christoph Pfluger: «Geld verstehen».** 36 S. (1 Ex. Fr. 5.–/10 Ex. Fr. 30.–) [online-Bestellung](#)
- (Ex.) **Christoph Pfluger: Das nächste Geld – die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden.** edition Zeitpunkt, 3. rev. Aufl. 2016. 260 S. Fr. 23.–/€ 21.– [online-Bestellung](#)
-  5 Ex. «Das nächste Geld» für total Fr. 85.–/€ 75.– (= ca. 30 Prozent Rabatt)
- (Ex.) **Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform – wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können.** 4. Aufl., 2014. 84 S. Fr.12,50/€ 10.– [online-Bestellung](#)

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort

e-mail:

Einsenden an:

edition Zeitpunkt
Werkhofstr. 19
CH-4500 Solothurn

Geld ist ein Irrtum. Es ist nicht das, was wir denken und es tut nicht das, was wir erwarten.

Vielleicht ist dies der tiefere Grund, warum die Ökonomen als Zunft so erfolglos sind. Vor Krisen wollen sie meist erst hinterher gewarnt haben. Kunststück: Geldschöpfung ist an den Wirtschaftsfakultäten kein Thema. Doch wer das Geld nicht versteht, das die Welt regiert, kann auch die Welt nicht verstehen.

Es ist leider beklemmend einfach: Die Banken schaffen die Schwierigkeiten selber, für die wir sie retten müssen. Sie schöpfen Geld, jedesmal wenn sie einen Kredit verleihen. Dabei entsteht eine gleich bleibende Menge Geld, die in Zirkulation geht und eine Forderung, die mit der Zeit wächst. Diese wachsende Kluft zwischen Geldmenge und Schulden wird durch eine hochkomplizierte Pflasterpolitik zugekleistert, die das Problem nur vergrößert. Man kann eben Schulden nicht mit Schulden bezahlen.

Der Autor erklärt das Geldsystem einfach und anschaulich, erläutert die Folgen und skizziert mögliche Lösungen. Ein konstruktiver Einstieg in ein Problem, das die Welt nicht loslassen wird, bis wir es gelöst haben.

